



II - 1748 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 419.649/1-IV/1/80

Wien, am 1. Dezember 1980

Schriftliche parlamentarische
Anfrage der Abg.z.NR. Brandstätter
und Genossen, Nr. 801/J, be-
treffend Kündigungen bei den
Vereinigten Edelstahlwerken

Herrn
Präsident des Nationalrates
Anton BENYA

1010 W i e n

762/AB

1980 -12- 04

zu 801/J

Die Abg.z.NR. Brandstätter und Genossen haben am 24. Oktober 1980, unter der Nr. 801/J, folgende schriftliche parlamentarische Anfrage an mich gerichtet:

"Bei einem Werksbesuch des VEW-Werkes in Judenburg sowie beim Parteitag der steirischen SPÖ erklärte Bundeskanzler Dr. Kreisky, daß in den VEW-Produktionsstätten keine Schließungen und Kündigungen vorgenommen würden, solange nicht eindeutig Ersatzarbeitsplätze in größerer Zahl zur Verfügung stünden.

Nunmehr wurden bei den Vereinigten Edelstahlwerken 180 Beschäftigte entlassen, weitere 180 Beschäftigte frühpensioniert sowie für 2.500 Arbeitnehmer die Kurzarbeit verfügt. Auch beim VEW-Betrieb in Ternitz kam es zu Kündigungen. Im Raum Ternitz stehen jedoch keine Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung, die Industriearbeitsplätze werden im Gegenteil in diesem Gebiet immer weniger. Trotz dieser gegebenen Situation hat der Bundeskanzler die Kündigungen im Werk Ternitz der Vereinigten Edelstahlwerke nicht verhindert. Nunmehr besteht in der Belegschaft der VEW-Betriebe die große Angst, daß diesen erfolgten ersten Kündigungen in Kürze noch weitere folgen werden.

- 2 -

Angesichts dieser prekären Situation für die Beschäftigten der VEW-Betriebe stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Wieso kam es entgegen Ihrer Erklärung, wonach in den VEW-Produktionsstätten keine Kündigungen vorgenommen werden, solange nicht eindeutig Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen, zu den nunmehrigen Kündigungen im VEW-Werk Ternitz ?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die internationale Stahlkrise hat in den westeuropäischen Staaten und in den USA bereits zu Entwicklungen mit schwerwiegenden Beschäftigtenrückgängen geführt, die Österreich bisher erspart geblieben sind. Die hohe Exportausrichtung der heimischen Betriebe in diesem Bereich lassen aber eine Rückwirkung auf die in mehrfacher Hinsicht bessere Situation in Österreich nicht vermeiden und der Vorstand der Vereinigten Edelstahlwerke, als dem Unternehmen der am meisten von dieser Krise betroffenen Edelstahlindustrie muß alle Anstrengungen unternehmen, die Strukturen den geänderten Marktverhältnissen anzupassen. Das Unternehmen erhält hierfür bedeutende Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln, damit die erforderlichen Investitionen durchgeführt werden können.

Die schlechte Beschäftigungslage in einzelnen Betrieben dieses Bereiches hat sich durch die seit dem Sommer d.J. außerordentlich stark zurückgegangenen Auftragseingänge schlagartig verschärft. Die in der Folge vom Vorstand des Unternehmens getroffenen Personalmaßnahmen wurden mit dem Zentralbetriebsrat unter Bedachtnahme darauf vereinbart, daß größere Freisetzungen verhindert und die Arbeitsplätze sowie die eingearbeiteten Mannschaften für eine eventuelle Besserung der Auftragsituation erhalten bleiben.



- 4 -

Art und Ausmaß der Förderung:

Verlorene Zuschüsse bis max. 100.000,--S/Arbeitsplatz bei Betriebsneugründungen und -erweiterungen.

- Bereitstellung von 40 Mio. S aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Maßnahmen der Verbesserung der Verkehrssituation (rasche Fertigstellung der Schnellstraße S 6 im Schwarzatal, Modernisierung der Südbahn und Verbesserung der Verkehrsleistung)

Die Förderungsmaßnahmen können von der Vereinigte Edelstahlwerke bei Vorliegen der Voraussetzungen gleichermaßen wie von anderen Unternehmen in Anspruch genommen werden. Von der vom Bund vorgesehenen Strukturhilfe für die Vereinigte Edelstahlwerke im Ausmaß von 1 Mrd. S sind bereits 400 Mio. S ausbezahlt worden und der dritte Teilbetrag wird in Höhe von 200 Mio. S Anfang Jänner 1981 flüssiggestellt werden.